

Themenblätter im Unterricht

Herbst 2007_Nr. 66

Mitmischen: Neue Partizipationsformen



Staat. Gesellschaft. Wirtschaft. Internationales. Ethik.

Seite 3 – 8	Anmerkungen für die Lehrkraft
Seite 9 – 62	Doppelseitiges Arbeitsblatt im Abreißblock (26 Stück) zum Thema: <i>Mitmischen: Neue Partizipationsformen.</i>
Seite 63	Weiterführende Hinweise und Bestellcoupon
Seite 64	Schlagwortregister der Themenblätter im Unterricht

Zur Autorin:



Jeannette Behringer

Jeannette Behringer, Politologin, Dr. rer. pol., lebt in Stuttgart und Zürich. Sie promovierte bei Ortwin Renn mit einer Arbeit zu Qualitätsfaktoren partizipativer Verfahren am Beispiel Klimawandel und lokaler Klimaschutzpolitik. Sie war von 2002–2005 bei der

Schweizer Umweltorganisation equiterre in Zürich tätig. Seit 2002 arbeitet sie als Referentin an der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind: Zivilgesellschaft und Demokratie, Nachhaltige Entwicklung, Demokratietheorie, Formen der Partizipation und Kooperation sowie Angewandte Ethik.

Zum Titelbild: Alle Teilnehmer♀ haben ein gemeinsames Interesse (die Kreuzung zu überqueren), aber unterschiedliche Ziele. Sie agieren für einen gewissen Zeitraum miteinander, trennen sich dann wieder, in einem Raum, in dem es keine Hierarchie gibt. Ein Dritter, der regelt und steuert, ist im Kreisverkehr nicht nötig, denn die Verkehrsteilnehmer♀ sind zur Rücksicht und augenblicklichen Aufmerksamkeit gezwungen: Rondell in Paris aus der Vogelperspektive. Leider ohne Fahrradfahrer♀.

Foto: Andrej Stieben / www.stieben.de

Impressum

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Adenauerallee 86, 53113 Bonn, www.bpb.de
E-Mail der Redaktion: moeckel@bpb.de (keine Bestellungen!)

Autorin: Jeannette Behringer
Redaktion: Iris Möckel (verantwortlich)
Redaktionelle Mitarbeit: Markus Antony, Martin Eiermann

Gestaltung: Leitwerk, Büro für Kommunikation, Köln
Titelbild: Foto: Andrej Stieben / www.stieben.de

Druck: Mareis Druck,
Weißenhorn
Papier: Schneidersöhne
PlanoNature FSC

FSC-Gütesiegel

Text und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden. Bei allen gesondert bezeichneten Fotos und Karikaturen liegen die Rechte nicht bei uns, sondern bei den Agenturen. Haftungsausschluss: Die bpb ist für den Inhalt der aufgeführten Internetseiten nicht verantwortlich.

1. Auflage: Oktober 2007 / ISSN 0944-8357 / Bestell-Nr. 5.959

Lieferbare Themenblätter im Unterricht

- Nr. 2: Die Ökosteuer in der Diskussion. Bestell-Nr. 5.352
- Nr. 4: Demokratie: Was ist das? (Nachdruck) Bestell-Nr. 5.354
- Nr. 5: Fleischkonsum und Rinderwahn. Bestell-Nr. 5.355
- Nr. 8: Zivilcourage: Eingreifen statt zuschauen! (Nachdruck) Bestell-Nr. 5.358
- Nr. 10: Wer macht was in Europa? (neu 2006) Bestell-Nr. 5.360
- Nr. 16: Mobbing. (Nachdruck) Bestell-Nr. 5.366
- Nr. 20: Der Bundestag – Ansichten und Fakten. (neu 2005) Bestell-Nr. 5.370
- Nr. 22: Lust auf Lernen. (Nachdruck) Bestell-Nr. 5.372
- Nr. 23: Koalieren und Regieren. (neu 2005) Bestell-Nr. 5.373
- Nr. 33: Internet-Sicherheit. Bestell-Nr. 5.383
- Nr. 39: Zuschauer–Demokratie? Bestell-Nr. 5.389
- Nr. 40: Freiheit und Gleichheit – feindliche Schwestern? Bestell-Nr. 5.390
- Nr. 43: Getrennte Welten? Migranten in Deutschland. Bestell-Nr. 5.393
- Nr. 45: Folter und Rechtsstaat. Bestell-Nr. 5.395
- Nr. 48: Politische Streitkultur. Bestell-Nr. 5.941
- Nr. 49: Sport und (Welt-) Politik. Bestell-Nr. 5.942
- Nr. 50: Freiheitsrechte – grenzenlos? Bestell-Nr. 5.943
- Nr. 51: Gesundheitspolitik – Ende der Solidarität? Bestell-Nr. 5.944
- Nr. 52: Wasser – für alle!? Bestell-Nr. 5.945
- Nr. 53: Wehr(un)gerechtigkeit. Bestell-Nr. 5.946
- Nr. 54: Entscheiden in der Demokratie. Bestell-Nr. 5.947
- Nr. 55: Baukultur und Schlossgespenster. Bestell-Nr. 5.948
- Nr. 56: Stichwort Antisemitismus. Bestell-Nr. 5.949
- Nr. 57: Nachhaltige Entwicklung. Bestell-Nr. 5.950
- Nr. 58: Wie christlich ist das Abendland? Bestell-Nr. 5.951
- Nr. 59: Gleiche Chancen für Anne und Ayshe? Bestell-Nr. 5.952
- Nr. 60: Deutschland für Europa. Bestell-Nr. 5.953
- Nr. 61: Friedenschancen im Nahen Osten? Bestell-Nr. 5.954
- Nr. 62: Unterschicht in Deutschland? Bestell-Nr. 5.955
- Nr. 63: Akteure im politischen Prozess. Bestell-Nr. 5.956
- Nr. 64: Urteil und Dilemma. Bestell-Nr. 5.957
- Nr. 65: Europa der 27. Bestell-Nr. 5.958
- Nr. 66: *Mitmischen: Neue Partizipationsformen.* Bestell-Nr. 5.959
- Nr. 67: Inländisch, ausländisch, deutschländisch. Bestell-Nr. 5.960
- Nr. 68: Unternehmensethik. Eigentum verpflichtet. Bestell-Nr. 5.961

→ Sämtliche Ausgaben im Internet, auch die vergriffenen:
→ www.bpb.de > Publikationen > Themenblätter

JETZT BESTELLEN! pocket zeitgeschichte – Deutschland 1945–2005



Die kleine deutsch-deutsche Chronik erklärt kurz und übersichtlich die wichtigsten Ereignisse aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Mit zahlreichen Kurzinfos, Grafiken und Fotos.

Bestell-Nr. 2.555 (Bereitstellungsgebühr 1,- Euro pro Ex.):
→ www.bpb.de > Publikationen > Pocket
oder: bpb-Vertrieb DVG, Postfach 1148,
5333 Meckenheim oder Fax (0 18 88) 515-113
(z.Hd. Herr Dreike).

Jeannette Behringer

♀ steht für die weibliche Form
des vorangehenden Begriffs

Mitentscheiden: Neue Formen der Partizipation

„Menschen, deren Leben durch eine Entscheidung berührt und verändert wird, müssen an dem Prozess, der zu dieser Entscheidung führt, beteiligt sein und gehört werden.“

(John Naisbitt, amerikanischer Zukunftsforscher, *1930)

In europäischen demokratischen Gesellschaften entstehen seit den 50er Jahren neue Formen der politischen Mitbestimmung. Probleme wie z.B. Globalisierung, die Entstehung und Nutzung neuer Technologien, Fragen der Gemeindeentwicklung, des Umweltschutzes, Klimawandels etc. werden so kontrovers diskutiert, dass herkömmliche, konventionelle Prozesse in der Politik häufig als nicht mehr ausreichend wahrgenommen werden oder es tatsächlich nicht mehr sind. Parallel dazu möchten Bürger♀ zunehmend an der Entscheidung politischer Sachfragen „direkt“ und „unmittelbar“ beteiligt sein und sogar mit eigenen Vorschlägen an der Erarbeitung von Lösungen mitwirken.

Politik, verstanden als die „angemessene Verwirklichung der Interessen aller Gruppen und aller Gesellschaftsmitglieder“ (nach Karl Rohe), wird in demokratischen Systemen immer bestimmt durch Partizipation (**lat. participatio, Teilnahme und Teilhabe**) seiner Bürger♀, durch: „Teilhabe und Teilnahme an Entscheidungen, die darauf abzielen, langfristig bindende Wirkung für eine Gemeinschaft zu entfalten. Ziel demokratischer Partizipation ist es, möglichst viele Interessen und Werte in einen demokratischen Entscheidungsprozess einzubringen. Die Reichweite politischer Partizipation kann unterschiedliche Formen annehmen (Mitsprache; Mitwirkung; Mitbestimmung; Selbstbestimmung).“ (nach Ulrich von Alemann)

→ Zum Hintergrund

Neue Formen der Partizipation (im Folgenden NFP) entstehen, um repräsentative Formen der demokratischen Willensbildung zu ergänzen. Bürger♀ gewinnen an politischem Selbstbewusstsein – aber nur dann, wenn sie sich auch für Politik interessieren.

Beteiligungswillen führt

- zum einen zu neuen Fragestellungen nach der Legitimität von Entscheidungsstrukturen und
- zum anderen zu Konflikten in Entscheidungsprozessen.

Zusammengefasst sind die Spezifika dieser neuen Formen der Partizipation:

- **Charakter des Ausgangsproblems:** Viele Probleme sind so vielschichtig, komplex oder mit widersprüchlichen Emotionen besetzt (z.B. Gentechnik in Lebensmitteln, Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen, Mobilfunk, Atomausstieg), dass entweder ein allgemeines Meinungsbild der Bevölkerung erhoben werden muss, oder bei einem bereits konkreten politischen Vorhaben die unmittelbar Betroffenen vor einer Entscheidung mindestens angehört werden müssen. Bei einem „fortgeschrittenen Problem“, also bei einer politischen Planung, die die Betroffenen nicht mit einbezieht, kann es auch zu Protestverhalten kommen.
- **Form:** Wichtigstes Merkmal von NFP ist, dass der Dialog der Beteiligten zur Entscheidung und zur Problemlösung führt. NFP stellen damit reine Ja/Nein-Abstimmungen als

einziges Mittel der Problemlösung in Frage. Mehrheits- und Minderheitenentscheidungen sind nicht mehr einfach herzustellen. Die Meinungen und Positionen der einzelnen Beteiligten sollen mittels eines moderierten Dialogs zu einer Lösung führen. Zwei Dinge sind dabei wichtig: Erstens wird davon ausgegangen, dass die Beteiligten eine Meinung haben oder bilden können, diese ausdrücken können und bereit sind, sie im Verlauf des Dialogs auch zu verändern, um zu einem Ergebnis in Form eines Kompromisses zu gelangen. Zweitens soll der Dialog auch das Sammeln neuer Ideen und Vorschläge durch die Beteiligten ermöglichen. Betroffene und/oder Bürger♀ werden also als „Experten♀ in eigener Sache“ betrachtet. NFPs sind immer *ergebnisoffen*; die materiellen Ergebnisse dürfen nicht vorab feststehen.

- **Ziel:** Ziel von NFP ist es, möglichst viele Interessen und Werte einzubeziehen, das heißt, verschiedene Personen am Entscheidungsprozess teilhaben zu lassen, mindestens aber die konkret durch ein Problem Betroffenen (z.B. die Anwohner♀ an einer geplanten Umgehungsstraße), um zu neuen Lösungen zu kommen.
- **Reichweite:** Die Initiatoren♀ oder die Teilnehmer♀ an NFP-Verfahren erheben oft den Anspruch, dass die Ergebnisse „bindende Wirkung“ entfalten, sprich: durch „die Politik“ auch *garantiert* umgesetzt werden. Beispielsweise sollen erarbeitete Ergebnisse von *Lokal- Agenda-21-*

Prozessen einen direkten Einfluss auf das Handeln der Gemeinde haben. Dieser Einfluss kann im Normalfall nicht zugesichert werden. Die Umsetzung der Ideen durch die Beteiligten an NFP selbst ist demgegenüber machbar und legitim, sofern die Beteiligten über entsprechende Möglichkeiten und Motivation verfügen.

- **Qualität:** Neue Verfahren der Partizipation sind nicht „automatisch“ von Erfolg gekrönt. Es gilt, durch die Einhaltung bestimmter Kriterien die Qualität und damit die Erfolgsaussichten der Mitbestimmung zu erhöhen.

Die wichtigsten Voraussetzungen hierfür sind:

- Früher Zeitpunkt:** NFP müssen so rechtzeitig vor einer politischen Entscheidung stattfinden, dass die Ergebnisse im Entscheidungsprozess berücksichtigt werden können.
- Neutrale Moderation:** Die Diskussionen sollten durch eine professionelle Moderation geleitet werden, die „von außen“ kommt und nicht betroffen ist. Sie nimmt keine inhaltliche Position ein, sondern achtet auf einen fairen und transparenten Ablauf des Verfahrens. So kann Vertrauen entstehen, und die Moderation kann dafür sorgen, dass alle

Personen gleichermaßen in das Gespräch einbezogen werden. In Ausnahmefällen kann auch eine involvierte, aber von allen Beteiligten akzeptierte Person die Moderation übernehmen.

- Adäquate Adressaten:** Für das Beteiligungsverfahren muss in einer Weise eingeladen werden, dass bei *offenen Fragestellungen* (z.B. Wie soll unsere Gemeinde in Zukunft gestaltet sein?) alle Bürger:innen, Interessengruppen, Verbände, Vereine, Unternehmen und Organisationen, die dabei sein möchten, auch dabei sein können. Dazu müssen Formen der direkten, und wenn möglich persönlichen, Einladung zur Mitwirkung gewählt werden. Liegt ein *konkretes und klar eingrenzbares Problem* vor (z.B. Standortsuche für den Bau einer Mülldeponie) müssen alle betroffenen Personen und alle Personen, die innerhalb des Themas Interessen vertreten, beteiligt werden.
- Klares Ziel des Verfahrens:** Je nach Problem, Ausgangslage und Initiator:in/Auftraggeber:in müssen alle Beteiligten wissen, welche Möglichkeiten der Mitbestimmung sie haben; es muss also klar sein, worin der Auftrag besteht, wer für das Verfahren bezahlt, was das Ziel ist und vor allem, was mit den Ergebnissen passiert.

→ PRO und CONTRA: Neue Formen der Partizipation

→ PRO:

Kriterium Menschenbild

- „Bürger:innen werden zu aktiver politischer Betätigung motiviert, gewinnen damit an „Mündigkeit“ und tragen zu einer lebendigen Demokratie bei. Die Pflege der Zivilgesellschaft ist unabdingbar, damit die Demokratie langfristig erhalten bleibt.“

Kriterium Fähigkeiten

- „Bürger:innen, von Jugendlichen bis hin zu Älteren, besitzen die notwendigen kommunikativen, sozialen und intellektuellen Kompetenzen und Fähigkeiten für eine Beteiligung an Dialogverfahren.“

Kriterium Beteiligung

- „Wenn ausreichend für eine Teilnahme am Verfahren gewonnen wird, sind alle Gruppen der Bevölkerung vertreten bzw. alle relevanten Betroffenen können beteiligt werden.“

Kriterium Legitimation

- „Diese Verfahren sind wichtig für demokratische Systeme, denn sie beziehen Bürger:innen direkt in Sachfragen ein, wie es eigentlich in jedem politischen Entscheidungsprozess geschehen sollte.“

→ CONTRA:

Kriterium Menschenbild

- „Die Vorstellung, dass Bürger:innen willens und in der Lage sind, langwierige Diskussionen zu führen, ist völlig abwegig. Das Interesse an Politik ist zu gering, das sieht man schon an der abnehmenden Wahlbeteiligung.“

Kriterium Fähigkeiten

- „Viele Menschen sind durch die Maßgabe, sich mittels Diskussion zu einigen, überfordert, sowohl was die Fähigkeiten (z.B. sind gute sprachliche und auch Fachkenntnisse notwendig), als auch was die zeitlichen Ressourcen angeht.“

Kriterium Beteiligung

- „In vielen Verfahren sind nur bestimmte Bevölkerungsgruppen beteiligt: Vor allem besser Qualifizierte; Männer sowie die Altersgruppe der 35–50-Jährigen sind besonders gut an diesen Verfahren beteiligt. Schlecht repräsentiert sind: Frauen, Kinder und Jugendliche, sowie Migranten:innen.“

Kriterium Legitimation

- „Die Beteiligten an neuen Verfahren der Partizipation sind nicht gewählt. Sie melden sich freiwillig, und trotzdem sind sie an politischen Entscheidungen beteiligt, indem die Ergebnisse aus Diskussionen einfließen. Deshalb dienen diese Verfahren nur dazu, einem Personenkreis, der bereits Einfluss auf das politische Geschehen hat, zu noch mehr Einfluss zu verhelfen.“

Info → **Wichtigste Verfahren der neuen Partizipationsformen**→ **Der Runde Tisch**

Runde Tische entstanden anlässlich der Umbrüche in Osteuropa Ende der 80 Jahre. Diese Methode etablierte sich, da verschiedenste gesellschaftliche Gruppen an der Lösung der politischen Konflikte beteiligt werden wollten. Der Runde Tisch hat eine hohe Symbolkraft, die die Eigenschaft der Methode widerspiegeln: Der Runde Tisch bietet für viele Platz. Keiner muss an einer unbequemen Ecke sitzen. Von jedem Sitz aus kann man alles gut überblicken. Alle sind gleich, es gibt kein Oben und kein Unten, keine schmale Stirnseite und kein Podium. Damit steht der Runde Tisch für eine gleichberechtigte Teilhabe an der angestrebten Problemlösung.

Der Runde Tisch wird bei latenten, *zu erwartenden* Konflikten eingesetzt. Er besteht in der Regel aus maximal 20 Personen und kann mehrmals zusammentreffen. Jede Position sollte „gleichberechtigt“ (also mit derselben Personenanzahl) besetzt sein. Die Besetzung des Runden Tisches sollte nicht wechseln. Bei angefragten Experten sollten strittige Auffassungen ebenfalls durch verschiedene Vertreter repräsentiert sein.

→ **Zukunftswerkstatt**

Diese wohl bekannteste Methode von NFP wurde von **Robert Jungk** (1913-1994) im Kontext der Entstehung von Bürgerinitiativen in den 70er-Jahren begründet. Ziel ist, möglichst viele Menschen an der *Gestaltung der Zukunft* zu beteiligen. Sie ist bis heute die Methode, die die Beteiligung aller Menschen an der Beratung von Angelegenheiten anstrebt und ihnen dies auch zutraut. Die Zukunftswerkstatt ist geeignet zur Planung von zukünftigen Projekten, Entwicklungen etc.

Sie ist klar gegliedert und besteht aus drei Phasen, die idealerweise an drei aufeinanderfolgenden Tagen stattfinden sollen:

Phase 1: Bestimmung des Ist-Zustandes (Problemanalyse): „Frustr loslassen“

Probleme, Befürchtungen, Ängste, Kritik und Beschwerden werden zusammengetragen, die Problembereiche zusammengefasst. Die Ergebnisse werden gewichtet.

Phase 2: Visionen

In völliger Abkehr von Phase 1 werden hier Zukunftsvisionen entwickelt: Die Teilnehmenden erfinden positive, wünschenswerte Perspektiven, Phantasien und Visionen, ohne an die Einschränkungen der Realität zu denken. Der Spass an der Sache sollte nicht zu kurz kommen. Hier werden vielfältige Methoden eingesetzt: Brainstorming, Rollenspiel, Sketche, Malen... Alles ist erlaubt, der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.

Phase 3: Entwickeln neuer Ideen

Die in Phase 1 formulierten Kritikpunkte werden positiv gewendet bzw. wird für die festgestellten Probleme nach Handlungsmöglichkeiten gesucht. Die Gruppe entwickelt eigene Ideen zur Umsetzung und Gestaltung: Zukunftswerkstätten enden mit konkreten Handlungsperspektiven für Projekte!

→ **Mediation**

Das Verfahren der Mediation wird eingesetzt bei *bereits vorhandenen* Konflikten. Oftmals wird versucht, das Verfahren als Ersatz für juristische Prozesse einzusetzen. Eine neutrale Instanz ist in diesem Verfahren unverzichtbar. Diese, die oft die Moderation übernimmt, muss im Vorfeld klären, welche Konfliktparteien einzuladen sind, welche Positionen und Einigungsmöglichkeiten in Frage kommen. Die Ergebnisse entfalten oft bindende Wirkung im weiteren politischen Prozess.

→ vgl: Stichworte bei Wikipedia.org

Hinweise zu den Arbeitsaufgaben

Am Beispiel des Mobilfunks und der Handynutzung soll ein komplexes Problem verstanden und in seinen Widersprüchlichkeiten bewertet werden. Das Thema Mobilfunk ist derzeit eines der umstrittensten, da z.B. die gesundheitlichen Folgen einer Mobilfunknutzung nicht endgültig geklärt sind. Oft bilden sich anlässlich geplanter Sendemasten Bürgergruppen oder Bürgerinitiativen; es werden Anhörungen oder Protestaktionen durchgeführt.

Im Unterricht ist darauf zu achten, dass sich die Diskussion nicht am Thema „Sind Mobilfunkantennen tatsächlich gesundheitsgefährdend oder nicht?“ festbeißt. Vielmehr soll an diesem Beispiel deutlich gemacht werden, wie sich Formen der politischen Mitbestimmung herausbilden und wie damit versucht wird, politische Beteiligung auf neuen Wegen zu erzeugen.

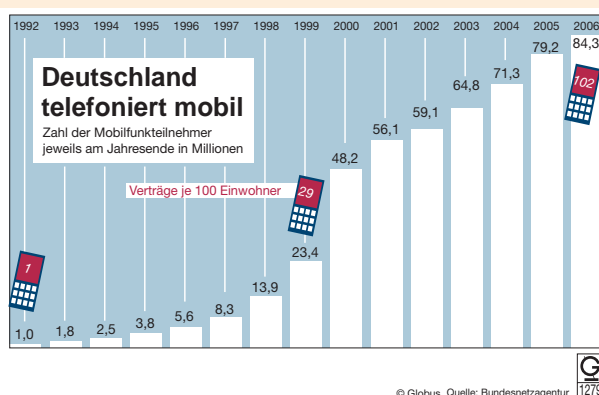


Foto: Marie-Louise Wittlin / flickr.com

→ Tafelbild: Politikfelder und Partizipationsformen

Vorab können Sie die Schüler:innen anhand eines Tafelbildes an die verschiedenen Formen der politischen Partizipation herantühren, indem ausgesuchten Politikfeldern (z.B. durch Analyse der Lokalzeitung) unterschiedliche Methoden, Einfluss zu nehmen, zugeordnet werden (Mehrfachnennungen möglich).

→ Beispiele für Politikfelder:

- Bau einer Umgehungsstraße
- Steuerreform
- Verschönerung des Dorfes
- Sanierung oder Schließung des Schwimmbads
- Atomausstieg
- Mobilfunkmast im Dorf
- Errichtung einer Mülldeponie
- Zunahme rechter Gewalt
- Einführung von Schulgebühren
- Mautgebühren für private PKW
- Besteuerung von Flugbenzin
- ...

Arbeitsfragen hierzu:

- a) Welche Probleme werden auf welchen politischen Ebenen entschieden: auf Gemeinde-, Länder-, Bundes-, EU-Ebene?
- b) Welche Partizipationsformen sind wofür geeignet?

→ Beispiele für Partizipationsformen:

- Ehrenamtliches Engagement
- Wählen/sich auf die Abgeordneten verlassen
- Bürgerinitiative
- Bürgerbegehren
- Zukunftswerkstatt
- Mediation
- Unterschriftenaktion
- Runder Tisch
- Einzelinitiative
- Presse alarmieren
- Demonstrationen
- ...

Zum Arbeitsblatt Seite A

Zu Aufgabe 1 ■ Uneindeutigkeit als eine „Ursache“ von Partizipation

Durch die Thematisierung der Altersproblematik soll bei den Schüler:innen, die in der Regel Handys benutzen, zunächst Distanz zur eigenen Interessenlage geschaffen werden. Die Umfragen auf dem Pausenhof und in der Familie haben das Ziel, Altersunterschiede in der Bewertung deutlich zu machen (siehe auch Grafik Seite 5).

Zu Aufgabe 2 ■ Abstimmen und Beratschlagen – zwei Entscheidungsmodi in der Demokratie

Gemeinhin wird angenommen, dass demokratische Entscheidungen mittels Abstimmungen herbeigeführt werden können. Das setzt jedoch voraus, dass ein Problem auf klare Alternativen reduziert werden kann, was bei immer weniger Problemen der Fall ist. Zudem stellt sich die Frage, welche Mehrheiten bei Abstimmungen gelten sollen (wer darf mitstimmen? Wenn sich nur eine Minderheit an der Abstimmung beteiligt, was dann?). Die Karikatur zeigt einen Fall, wo ein anderer Abstimmungsmodus als eine „qualifizierte Mehrheit“ gefunden werden muss. Eine Alternative dazu wäre z.B. eine gemeinsame vernünftige Beratschlagung (auch „Deliberation“ genannt), bei der am Ende ein neuer Kompromiss oder ein Konsens steht.

Zu Aufgabe 3 ■ Verfahren und Formen der politischen Mitbestimmung mittels NFP

In dieser Aufgabe werden qualitative Aspekte der Mitbestimmungsverfahren an einem konkreten Beispiel erarbeitet. Die Verfahren haben nur dann Erfolg,

- wenn alle Betroffenen „am Tisch“ sitzen,
- wenn es eine neutrale Moderation gibt,
- wenn sich eine Chance auf echten Einfluss bietet und
- wenn die Diskussion keine Alibifunktion hat (siehe Seite 1).

Zudem müssen die Schüler:innen identifizieren, welche Personen eigentlich in den Kreis derjenigen gehören, die „betroffen“ sind und eingeladen werden müssen.

Info → Wie gefährlich ist Mobilfunk?

→ „Die hochfrequenten elektromagnetischen Felder, die z.B. in der Umgebung von Sendeanlagen wie Funktürmen und Mobilfunk-Basisstationen (Handysendemasten) oder beim Gebrauch von mobilen Endgeräten (Handys) auftreten, stehen in Verdacht, gesundheitliche Auswirkungen auf den Menschen zu haben. Es liegen einzelne Hinweise auf biologische Wirkungen auch bei Intensitäten unterhalb der in Deutschland geltenden Grenzwerte vor. Ob sich daraus ein gesundheitliches Risiko für die Bevölkerung ergibt, kann derzeit nicht abschließend beantwortet werden.“

→ www.emf-forschungsprogramm.de

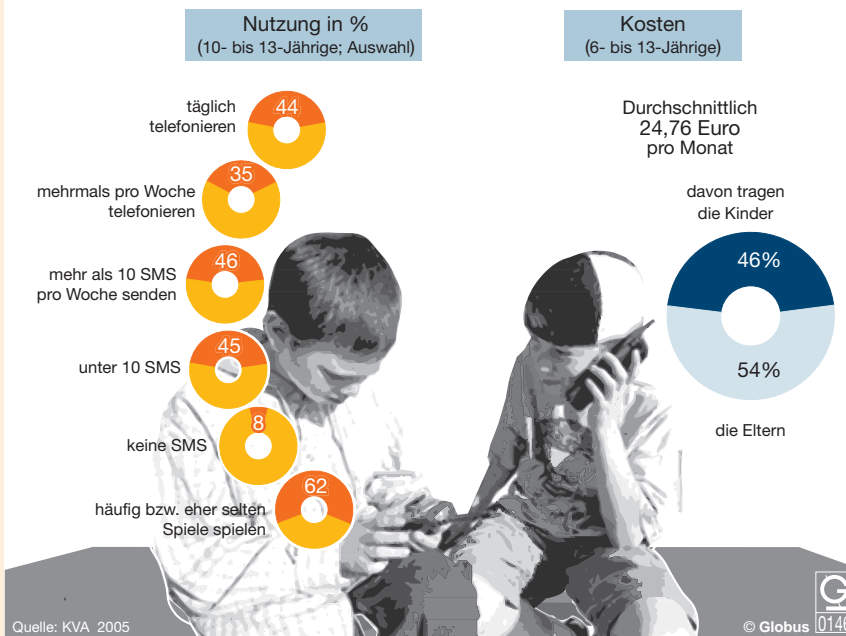
→ „Grenzwerte sind, selbst wenn sie sich aus komplizierten Formeln ableiten, eine politische Übereinkunft. Sie definieren einen Sicherheitsabstand zu wissenschaftlich anerkannten Wirkungsschwellen. Damit markieren sie, wie es ein Kenner der Materie einmal treffend ausdrückte, nicht unbedingt die Schwelle der Gefährdung, sondern die des Gerichtssaales:(...)“

→ Richard Sietmann in: c't 14/2000, S. 218: Elektromog; zitiert nach www.heise.de (Zugriff am 24.8.2007)

→ Hinweis: Der im Schülerblatt enthaltene Text ist ein Auszug aus: <http://umweltinstitut.org> > Elektromog > mobilfunkinfo (Zugriff 7.6.2007)

Immer wissen, was los ist

Über 1,7 Millionen Mobiltelefone in Deutschland sind in Kinderhänden (6- bis 13-Jährige)
Von den 6- bis 9-Jährigen besitzen 6% ein Handy, von den 10- bis 13-Jährigen 48%



Info → Engagement von Jugendlichen

→ Junge Personen unter 35 Jahren sind an diesen NFP-Verfahren stets unterrepräsentiert. Die neueste Shell-Studie (aus dem Jahr 2006) weist nach, dass nur knapp 24% zu den mitwirkungsbezogenen Jugendlichen gehören, die sich für Mitbestimmung und Engagement einsetzen. Weitere 28% werden zu den politikkritischen gezählt, die sich selbst als „politikverdrossen“ charakterisieren. 28% gehören zu den politisch desinteressierten Jugendlichen und 19% sind ordnungsorientiert; damit ist die Erwartungshaltung gemeint, dass die „Zuständigen“ für Politik die Angelegenheiten straff und ohne große Debatten regeln. Dennoch sind Jugendliche für gesellschaftliche Angelegenheiten sehr stark engagiert: 33% der Jugendlichen geben an, „oft“ und 42% geben an, „gelegentlich“ für soziale oder gesellschaftliche Zwecke in ihrer Freizeit aktiv zu sein.

→ www.shell.com > Deutschland > Gesellschaftliches Engagement > Shell Jugendstudie. (Zugriff am 8. Juni 2007)

In diesem Fall sind dies:

- Die Bürgermeisterin: sie sollte die Moderation an eine neutrale Person abgeben, um ihre eigene Neutralität im Konflikt zu bekräftigen
- Der Landwirt (Pro)
- Eine Vertretung der direkt angrenzenden Anwohner (Contra)
- Eine Vertretung der nicht direkt angrenzenden Anwohner (Pro)
- Eine Vertretung der Umweltschutzverbände (Contra)
- Die interessierte Öffentlichkeit

Bei der Frage, ob die Schüler sich an dem Runden Tisch beteiligen würden, geht es um die Frage nach dem Interesse an Politik generell und um die Frage nach der Motivation, sich an einem solchen Verfahren zu beteiligen (siehe Infokasten oben).

Zum Arbeitsblatt Seite B

Zu Aufgabe 4 ■ Wer darf mitentscheiden – wer soll mitentscheiden? In welcher Form?

Neue Formen der Partizipation (NFP) bringen auch Probleme mit sich.

1. NFP sind neue Prozesse in eingespielten und traditionellen Entscheidungsabläufen, und sie verlangen und produzieren eine Verschiebung der Machtverhältnisse; zumindest müssen sich die Beteiligten mit unterschiedlichen Ansprüchen auf Machtzuwinn auseinandersetzen. Diese Problematik wird zwangsläufig von den verschiedenen Akteuren unterschiedlich gewichtet.
2. Das Beispiel soll aber auch verdeutlichen, dass Macht (im Sinne von Verantwortungsgewalt) in Positionen und Funktionen (z.B. Bürgermeister, Gemeinderat) notwendig ist.
3. Auch Bürger haben ihre eigene Logik und ihre Motivation, an solchen Prozessen teilzunehmen.
 - Bei dieser Übung wird zum einen das Wesen von Beteiligung - die gemeinsame persönliche und mündliche Beratschlagung von Angelegenheiten – herausgearbeitet.
 - Zum anderen soll an dieser Übung auch die Problematik erläutert werden, dass die Forderung nach mehr Beteiligung oft zu einem Zeitpunkt erhoben wird, da legitimierte Körperschaften (hier: Gemeinderat) bereits eine Entscheidung getroffen haben.
 - Drittens verdeutlicht die Diskussion in den Arbeitsgruppen, dass die verschiedenen Akteure jeweils spezifische Interessen haben, die u.a. mit der Absicherung des eigenen Einflussbereichs zusammenhängen.

→ Die Akteurgruppen: PRO und CONTRA Bürgerbeteiligung

Empfehlenswert ist, den Arbeitsgruppen die je nach Bundesland unterschiedlichen Bestimmungen aus der Gemeindeordnung zu „Unterrichtung der Einwohner“, „Bürgerversammlung“, „Bürgerantrag“, „Bürgerentscheid“, „Bürgerbegehren“ zur Verfügung zu stellen (siehe Infokasten unten).

Die Akteurgruppen befinden sich zwischen den folgenden Polen:

→ PRO Bürgerbeteiligung

Bürgermeister

- Bei populären Themen möglicherweise Imagegewinn; Erkenntnis neuer, bisher nicht bedachter Ideen und Lösungsvorschläge für Probleme

Gemeinderät

- Anliegen des Gemeinderates werden zusätzlich durch „externe Personen“ unterstützt

Bürger, interessiert / engagiert

- Einbringen eigener Ideen, Interessen und Betroffenheit, Mitgestalten von Angelegenheiten der Gemeinde

Bürger, kritisch / distanziert – nicht beteiligt

- Einbringen abweichender Meinungen / Protest

→ CONTRA Bürgerbeteiligung

Bürgermeister

- Wird mit Forderungen konfrontiert, die nicht umzusetzen sind (bis hin zu juristischen Gründen) oder nicht umgesetzt werden sollten
- Vertritt die Interessen aller

Gemeinderät

- Nichtgewählte Bürger, die sich gemeinsam an politischen Angelegenheiten beteiligen, fungieren als Konkurrenz („Gegenparlament“)

Bürger, interessiert / engagiert

- Zeitliche Belastung durch vielfältiges Engagement

Bürger, kritisch / distanziert – nicht beteiligt

- Kritische Einschätzung der eigenen Fähigkeiten (z. B. Kommunikation); sowie der Erfolgsaussichten; kein Interesse an öffentlichen Angelegenheiten; Geringschätzung von Politik generell

Es gibt heute mehr Verfahren und Methoden von NFP als die hier aufgeführten; sie alle beruhen auf den in der Einführung genannten Annahmen und Kriterien. Aus Platzgründen können an dieser Stelle nicht alle behandelt werden.

Bei der Bearbeitung der Aufgabe 4 sollen die Schüler die Voraussetzungen für NFP überlegen.

Info → Herkömmliche Formen der Bürgerbeteiligung in Gemeindeordnungen

Es gibt in fast jedem Bundesland andere Vorschriften und Verfahren – deshalb nur ein allgemeiner Abriss:

→ Bürgerversammlung

Versammlung von Bürgern in der Regel auf kommunaler Ebene. Dieses Treffen kann im Rahmen einer politisch verordneten Weise stattfinden, wie z.B. die Bauernrechnung in Niedersachsen. Es kann aber auch von den Bürgern selber ausgehen, um sich zu organisieren und z.B. eine Bürgerinitiative zu gründen.

→ Bürgerantrag (Einwohnerantrag)

Einwohner einer Gemeinde können damit den Gemeinderat verpflichten, sich mit einer bestimmten Angelegenheit in einer öffentlichen Sitzung zu befassen. Der Antrag verpflichtet den Gemeinderat jedoch nicht, eine Sachentscheidung herbeizuführen. Im Gegensatz zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheid

handelt es sich beim Einwohnerantrag nicht um ein Instrument der direkten Demokratie.

→ Bürgerbegehren

Antrag (nur bei wichtigen Entscheidungen) an eine kommunale oder Länderebene, der von einem bestimmten Anteil von Wahlberechtigten unterzeichnet sein muss.

→ Bürgerentscheid

Instrument der direkten Demokratie. Mit ihnen können die Bürger in einer kommunalen Gebietskörperschaft über Fragen des eigenen Wirkungsbereiches entscheiden. Der Bürgerentscheid steht einem Gemeinde- bzw. Kreistags- oder Bezirkstagsbeschluss gleich.

→ Ausführliches Glossar siehe: <http://www.buergergutachten.com/glossar>

Zusatzaufgabe ■ 5 ■ Wenn man etwas ändern möchte: „Mini-Zukunftswerkstatt“

Die Schüler können anhand eines sie betreffenden Themas (Zukunft der eigenen Schule) eine Methode erproben (zur „Zukunftswerkstatt“ siehe Infokasten auf Lehrerblatt Seite 3).

- a) Denken Sie in der Klasse/im Kurs über die Zukunft Ihrer Schule nach und bauen Sie dieses Nachdenken auf der Methode der Zukunftswerkstatt auf.

Phase 1: **Sammeln Sie Kritik:** Was stört uns in der Schule? (30 Minuten)

Phase 2: **Träumen Sie:** Wie wünschen wir uns unsere Schule?

Phase 3: **Konkretisieren Sie:** Wie könnten wir die Situation verbessern (Projekte, Verhalten, etc.)?

- b) Dokumentieren Sie die Ergebnisse (Schaubild, Liste, Pantomime...) und „überreichen“ Sie die Ergebnisse Ihrem Rektor!
c) Was glauben Sie: Werden Ihre Vorschläge an den Rektor etwas bewirken? Warum? Warum nicht?

Jeannette Behringer

☺ steht für die weibliche Form
des vorangehenden Begriffs

Mitmischen – aber wie?

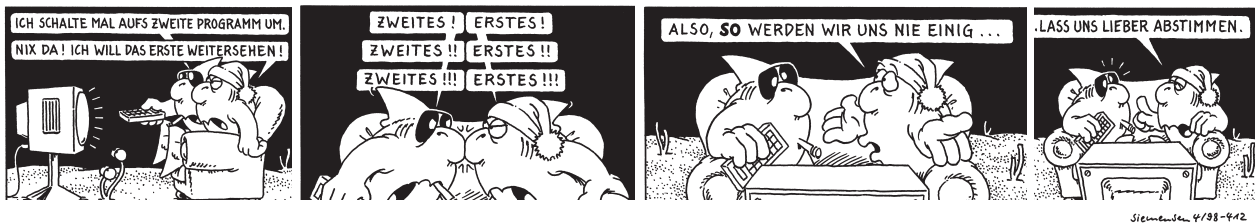
1 Wie unterschiedlich sind Interessen?



Foto: www.flickr.com

- Vergleichen Sie in Ihrer Klasse: Wie viel Personen besitzen ein Handy?
Ist das Ihrer Meinung nach gut oder nicht so gut?
Welche Vor- und Nachteile bietet eine Handynutzung?
- Führen Sie eine Umfrage auf dem Pausenhof und in der Familie durch:
Ab welchem Alter sollte man ein Handy besitzen?
- Vergleichen Sie die Antworten der Umfrage auf dem Pausenhof mit den
Antworten der Familie.

2 Demokratische Spielregel: Abstimmung



Karikatur: Hålopeis von Thomas Siemensen

Recherchieren Sie:

- Welche Entscheidungsprinzipien gibt es? Tipp: Themenblätter im Unterricht Nr. 54: Entscheiden in der Demokratie
- Stellen Sie eine Liste der Voraussetzungen auf, die für eine Abstimmung nach dem Mehrheitsprinzip erfüllt sein müssen.
- Welche Vorteile, welche Nachteile hat die Abstimmung nach dem Mehrheitsprinzip?

3 Fallbeispiel „Runder Tisch“ als Beteiligungsmodell

Die Ausgangssituation: In der Gemeinde Mobilheim (1.500 Einwohner☺), einer Vorortgemeinde von Funkstadt (500.000 Einwohner☺), soll ein Mast für die Installierung einer Sendeanlage errichtet werden. Damit soll die Versorgung für Mobilfunknetze verbessert werden.

Der Sendemast ist auf dem Gebäude des letzten Landwirts aus dem Dorf geplant, der mit dem Bau sein Einkommen verbessern will. Warnungen über mögliche Beeinträchtigungen seiner Kühe hält er für „Humbug“. Die direkten Anwohner☺ sind sauer: Sie fürchten nicht nur um ihre Gesundheit, sondern auch um den Wert ihrer Häuser und Wohnungen. Und außerdem sind sie aufs Land gezogen, damit sie die Idylle im Grünen genießen können. Und jetzt: Ein Sendemast! Sie erhalten Schützenhilfe von der örtlichen Greenpeace-Gruppe.

Die Anwohner☺, die vom Ort der geplanten Anlage weit entfernt wohnen, hoffen, dass das „Funkloch“ mit dem Sendemast endlich geschlossen wird.

Die Bürgermeisterin will unbedingt verhindern, dass ihre Gemeinde in die Schlagzeilen gerät – nicht auszudenken, welche Folgen dies für den Tourismus hätte. Sie lädt die Betroffenen zur Diskussion an einem „Runden Tisch“ ins Rathaus ein.

Überlegen Sie in Zweier-Gruppen:

- Welche Personen/Gruppen muss die Bürgermeisterin ansprechen, damit die Diskussion ein Erfolg wird?
- Worauf muss sie sonst noch achten, damit die die Diskussion ein Erfolg wird?
- Bei welcher Gruppe würden Sie gerne mitmachen, wenn Sie Bürger☺ von Mobilheim wären? Sammeln Sie die Gruppenzugehörigkeit im Plenum und bilden Sie die verschiedenen Interessengruppen, die bei der Bürgermeisterin am „Runden Tisch“ sitzen.
- Würden Sie sich „im wirklichen Leben“ an dem „Runden Tisch“ beteiligen? Warum bzw. warum nicht? Diskutieren Sie diese Frage in der Klasse.

4 Bürgerbeteiligung in Konfliktfällen

**NEIN!
ZUM SENDEMAST**

Foto: Iris Möckel

„Die Ergebnisse der wenigen bereits abgeschlossenen (...) Untersuchungen im Hochfrequenzbereich liefern ernst zu nehmende Hinweise auf ein erhöhtes Krebsrisiko als Folge gepulster oder ungepulster elektromagnetischer Bestrahlung – ein Risiko vor allem von Leukämie und Hirntumoren. Eine verlässliche Aussage lässt sich derzeit allerdings nicht machen, denn die konkreten gesundheitlichen Auswirkungen sind in der Wissenschaft noch umstritten (...)

Mögliche Auswirkungen reichen von veränderten Hirnströmen über die erhöhte Durchlässigkeit der Blut-Hirn-Schranke, der Ausschüttung von Stresshormonen und Einflüssen auf die Zellkommunikation, der Schwächung des Immunsystems bis zur Abnahme der Fruchtbarkeit...“

→ Aus: <http://umweltinstitut.org/elektrosmog/mobilfunk-info/mobilfunk-info-1-45.html> (Zugriff 7. Juni 2007)

- Lesen Sie zunächst den Text, der einen Auszug aus dem Flugblatt einer Bürgerinitiative darstellt.
- Bürger*innen der Gemeinde laden mit dem Flugblatt zu einem öffentlichen Treffen ein, um den Protest gegen die geplante Errichtung eines Mobilfunksendemastes zu starten. Gemeinderat, Verwaltung und Bürgermeisterin haben der Errichtung bereits zugestimmt. Die Bürgerinitiative fordert, dass die Entscheidung ausgesetzt und direkt mit der Bürgerschaft diskutiert wird.
- Bilden Sie je eine Arbeitsgruppe zu den Rollen 1 bis 4. Jede Gruppe sammelt die Argumente pro und contra Bürgerbeteiligung aus ihrer Sicht und Interessenlage.

Überlegen Sie zunächst, welche Aufgaben Bürgermeister*innen in einer Gemeinde, in einer Stadt haben. Welche Rolle spielt dabei der Gemeinderat aus Sicht der Bürgermeisterin?

Überlegen Sie dann, welche Aufgaben der Gemeinderat bzw. die gewählte Vertretung der Bürger*innen in einer Gemeinde/ in einer Stadt hat.

Rolle 1 Gruppe Bürgermeisterin:

Sie sind eingeladen, bei der Protestveranstaltung ein Grußwort zu sprechen und sich zur geforderten Bürgerbeteiligung zu äußern. Wie verhalten Sie sich zu dieser Forderung? Gibt es Alternativen?

Sammeln Sie vor Ihrer Entscheidung zunächst Argumente: Was spräche aus Ihrer Sicht für eine direkte Beteiligung der Bürger*innen? Was müssten Sie in diesem Fall beachten und unternehmen? Oder: mit welchen Argumenten lehnen Sie diese Forderung ab?

Rolle 2 Gruppe Gemeinderat:

Sie sind als Mitglied des Gemeinderats zu der Protestveranstaltung eingeladen. Sagen Sie zu oder ab? Wie verhalten Sie sich zur Forderung, eine Bürgerbeteiligung durchzuführen?

Sammeln Sie vor Ihrer Entscheidung zunächst Argumente: Was spräche aus Ihrer Sicht für eine Beteiligung der Bürgerschaft? Was müssten Sie in diesem Fall beachten und unternehmen? Oder: mit welchen Argumenten lehnen Sie diese Forderung ab? Warum?

Rolle 3 Gruppe interessierte Bürger*innen:

Sie halten das Flugblatt mit der Einladung zu der Protestveranstaltung in den Händen. An sich interessieren Sie sich für die Angelegenheiten in der Gemeinde, Sie beteiligen sich regelmäßig an den Wahlen, sind in Vereinen und im Gemeindeleben aktiv. Nun sind Sie aufgerufen, erneut Zeit zu investieren. Sie überlegen, ob Sie hingehen sollen oder nicht. Wie entscheiden Sie sich und warum?

Rolle 4 Gruppe politikkritische Bürger*innen:

Sie halten das Flugblatt mit der Einladung zu der Protestveranstaltung in den Händen. An sich interessieren Sie sich für die Angelegenheiten in der Gemeinde, Sie beteiligen sich auch ab und zu an Wahlen, zweifeln jedoch immer wieder am Ertrag und auch am Sinn Ihrer Beteiligung. Am Gemeindeleben nehmen Sie aus Zeitgründen wenig teil. Nun erfahren Sie von der Forderung nach einer Bürgerbeteiligung, die über den geplanten Sendemasten erneut diskutieren soll. Sie überlegen, ob Sie hingehen sollen oder nicht. Wie entscheiden Sie sich und warum?

- Nachdem jede Gruppe ihre Argumente aufgelistet hat und zu einem Ergebnis gekommen ist, wählt sie einen Sprecher*in, der die Gruppe bei einer Podiumsdiskussion vertritt. Wer hat die besten Argumente?
- Wie könnte das Verfahren nun weitergehen?



Weiterführende Hinweise

Schriften und Materialien der Bundeszentrale für politische Bildung

siehe auch: → www.bpb.de

Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)

- Nr. 12/2006: Bürgerschaftliches Engagement
- Nr. 9/2002: Traditionslinien Bürgerschaftlichen Engagements
- Nr. 44/2001: Partizipation von Kindern und Jugendlichen
- Nr. 25–26/2001: Politisches Engagement

Informationen zur politischen Bildung

- Nr. 242: Kommunalpolitik, Bonn 2006

Thema im Unterricht – Extra

- Methodenkiste, Bonn 2004

Themenblätter im Unterricht

- Nr. 38: Jugendbeteiligung in der Demokratie, Bonn 2004
- Nr. 4: Demokratie – was ist das?, Bonn 2001
alle Ausgaben auch online in Farbe und Schwarz-Weiß:
→ www.bpb.de > Publikationen > Themenblätter

Schriftenreihe

- Ackermann, Paul: Bürgerhandbuch. Band 484. Bonn 2005
- Burdewick, Ingrid: Jugend – Politik – Anerkennung. Bonn 2003

Weitere Publikationen

- Jungk, Robert/Müllert, Norbert R.: „Zukunftswerkstätten – Mit Phantasie gegen Routine und Resignation“. München, 3. Auflage 1991
Klassiker der Beteiligungsliteratur: Praxisnah und trotzdem visionär.
- Ley, Astrid/Weitz, Ludwig (Hrsg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch. Herausgegeben durch die Stiftung MITARBEIT. Bonn 2003
Ausführlicher Überblick über die wichtigsten Beteiligungsverfahren mit vielen Praxisbeispielen.
- Rohe, Karl: Begriffe und Wirklichkeiten. Eine Einführung in das politische Denken. Stuttgart/Berlin/Köln, 2. überarbeitete Auflage 1994
Ein sehr gut zu lesender, auf wissenschaftlicher Basis geschriebener „Klassiker“ für alle Fans der Begriffsdefinitionen rund um Politik.

- Alemann, Ulrich von (Hrsg.) und andere: Politik. Eine Einführung. Opladen 1994
Sehr gute Einführung in Definition, Bedeutung und Varianten politischer Partizipation.

Internetadressen

- Seite des Netzwerks der Zukunftswerkstätten. Umfangreiche Hinweise zur Methodik, zu Anwendungsfeldern und zu aktuellen Entwicklungen der Methodik.
→ www.zwnetz.de
- Die Seite der Stiftung MITARBEIT, eine der wichtigsten Organisationen in Deutschland zu Fragen der Demokratieentwicklung, Beteiligungsverfahren und Ehrenamt, informiert auf ihrer Seite umfassend zu Veranstaltungen, Publikationen und Grundsatzfragen.
→ www.mitarbeit.de
- Die Shell-Studie im Internet, die seit 1953 alle vier Jahre durchgeführt wird. Die jüngsten Ergebnisse stammen aus dem Jahr 2006. Gut aufbereitete Ergebnisseiten.
→ www.shell.com
- Vielfältiges Online-Angebot mit Modellen und Methoden der Bürgerbeteiligung, einem Glossar und Darstellung der wichtigsten Beteiligungsbegriffe und vielem anderen.
→ www.wegweiser-buergergesellschaft.de

GLEICH HERUNTERLADEN!



Timer 07/08 im Unterricht
54 Quizkarten mit Wissens- und Recherchefragen aus den Timer-Kalendertexten

für Vertretungsstunden oder zum Auflockern einer Unterrichtseinheit

online unter: → www.bpb.de/timer

Bestellcoupon

Themenblätter im Unterricht, Herbst 2007

- Bestell-Nr. 5.958 _____ Nr. 65: Europa der 27
Bestell-Nr. 5.958 _____ Nr. 66: Mitmischen:
Neue Partizipationsformen
Bestell-Nr. 5.960 _____ Nr. 67: Inländisch, ausländisch,
deutschländisch
Bestell-Nr. 5.961 _____ Nr. 68: Unternehmensethik.
Eigentum verpflichtet

Alle Themenblätter im Unterricht sind auch im Internet abrufbar

(Kopiervorlagen, auch in Schwarz-Weiß) unter:

→ www.bpb.de > Publikationen > Themenblätter

Informationen zur politischen Bildung

Bestell-Nr. 4.242 _____ Nr. 242: Kommunalpolitik

Thema im Unterricht extra

- Bestell-Nr. 5.399 _____ „Was heißt hier Demokratie?“
32 farbige Arbeitsblätter
Bestell-Nr. 5.317 _____ Grundgesetz für Einsteiger
und Fortgeschrittene (neu 2007)
Bestell-Nr. 5.340 _____ Methoden-Kiste
16 Karteikarten DIN A5

pocket

Bestell-Nr. 2.554 _____ pocket europa (1,00 Euro pro Exemplar)

BESTELLUNG: → www.bpb.de

Fax: (02 28) 99 515 113 (z.Hd. Herrn Dreike)

Schlagwortregister der Themenblätter im Unterricht

Alle bisher erschienen Themenblätter im Unterricht unter:
www.bpb.de > *Publikationen* > *Themenblätter im Unterricht*

Afrika Nr. 41
Aktien Nr. 27, 68
Aktiengesellschaft Nr. 27, 68
Antidiskriminierungsgesetz Nr. 59
Antisemitismus Nr. 14, 56
Arbeit Nr. 18, 30, 42, 59, 62
Arbeitslosigkeit Nr. 30, 42, 62
Arbeitsmarkt Nr. 18, 30
Architektur Nr. 55
Armut Nr. 28, 41, 44, 57, 62
Ausbildung Nr. 30, 59
Ausländer Nr. 6, 25, 31, 43, 59

Bevölkerungsentwicklung Nr. 26
Behinderte Nr. 59
Berufswahl Nr. 18
Bildung Nr. 22, 43, 44, 62
Bioethik Nr. 1
Börse Nr. 27
Bürokratieabbau Nr. 60
Bundestag Nr. 3, 20, 23
Bundesländer Nr. 11

Christentum Nr. 17, 58

Demographie Nr. 26, 31
Demokratie Nr. 4, 20, 23, 24, 36, 38, 39, 48, 50, 54
Demonstration Nr. 24
Denkmalschutz Nr. 55
Deutsche Demokratische Republik Nr. 24
Diskriminierung Nr. 16, 59

Eigentum Nr. 68
Einkommen Nr. 40
Emanzipation Nr. 19, 21, 59
Embryonalforschung Nr. 1
Energie Nr. 2, 57, 60
Entwicklungspolitik Nr. 41
Ernährung Nr. 5, 41
Erziehung Nr. 32
Ethik Nr. 68
EU-Institutionen Nr. 10
EU-Erweiterung Nr. 34, 47, 60, 65
Europäische Union Nr. 10, 34, 46, 47, 60, 65
EU-Verfassung Nr. 10, 46, 60

Familie Nr. 19, 21, 32
Fernsehen Nr. 9
Finanzen Nr. 11, 35, 51
Finanzpolitik Nr. 42
Föderalismus Nr. 3, 11
Folter Nr. 45
Frauen-Rollen Nr. 19
Freiheit Nr. 13, 40, 50
Fundamentalismus Nr. 13, 17
Fußball Nr. 49

Generationenvertrag Nr. 26
Gesetzgebung Nr. 3, 4, 20
Gesundheit Nr. 1, 5, 44, 51, 52
Gesundheitspolitik Nr. 51
Gewalt Nr. 7, 12, 13, 16, 17, 49, 56
Gewaltenteilung Nr. 4, 63
Gleichberechtigung Nr. 19, 59
Globalisierung Nr. 6, 25, 28, 31
Grundgesetz Nr. 3, 4, 45, 46
Grundrechte Nr. 4, 50

Haushaltsdefizit Nr. 35
Heimat Nr. 25
Hitler-Attentat Nr. 37
Holocaust Nr. 14, 56

Identität Nr. 6, 29, 67
Industrieländer Nr. 28
Integration Nr. 6, 31, 34, 43, 47
Internationale Beziehungen Nr. 15, 28, 36, 41, 46, 47, 60, 61
Internet Nr. 7, 33
Islam Nr. 13, 17, 43, 47, 58, 61
Israel Nr. 56, 61

Juden Nr. 56, 61
Jugend Nr. 21, 38

Karriere Nr. 18, 19
Koalition Nr. 23
Kommunalpolitik Nr. 66
Kommunikation Nr. 48
Kommunismus Nr. 24
Konfliktregelung Nr. 12
Konjunktur Nr. 29, 42
Kopftuch Nr. 6, 43, 59
Krankenversicherung Nr. 51
Kultur Nr. 9, 55, 58

Länderfinanzausgleich Nr. 11
Landwirtschaft Nr. 5, 34
Leitkultur Nr. 6, 67
Libanon Nr. 61
Lobbyismus Nr. 62, 64

Medien Nr. 9, 20, 48, 63
Medizin Nr. 51
Meinungsfreiheit Nr. 50
Menschenwürde Nr.1
Menschenrechte Nr. 45, 50, 52
Migration Nr. 6, 25, 31, 43, 67
Militärische Interventionen Nr. 12
Mobbing Nr. 15
Multikulturalismus Nr. 31, 67
Musik Nr. 9
Muslime Nr. 13, 17, 43, 47, 58, 61

Nachhaltige Entwicklung Nr. 57
Nahostkonflikt Nr. 17, 61
Nationale Symbole Nr. 29
Nationalsozialismus Nr. 14, 37, 56
New Economy Nr. 7
Nothilfe Nr. 8

Ökologie Nr. 2, 5, 28, 52, 57
Ökosteuer Nr. 2
Olympische Spiele Nr. 49
Osterweiterung Nr. 34, 47, 60, 65

Parallelgesellschaft Nr. 43
Parlament Nr. 3 20, 23
Parteien Nr. 4, 23, 48
Partizipation Nr. 38, 39, 66
Plebiszite Nr. 39, 47, 54, 66
Politikverdrossenheit Nr. 39
Präsidentschaft Nr. 36, 60
Prekariat Nr. 62
Privilegierte Partnerschaft Nr. 47
Psychoterror Nr. 16

Rechtsstaat Nr. 13, 45
Regierung Nr. 23
Regierungslehre Nr. 36
Religion Nr. 17, 56, 58
Rente Nr. 2

Schule Nr. 22, 40
Schuluniform Nr. 40
Sexuelle Belästigung Nr. 16
Sicherheit Nr. 12, 33
Soziale Gerechtigkeit Nr. 40, 44
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands Nr. 24
Sozialstaat Nr. 26, 44
Sport Nr. 49
Staatsverschuldung Nr. 35
Steuern Nr. 2, 11, 35
Streitkultur Nr. 48

Terrorismus Nr. 12, 13, 45
Terrorismusbekämpfung Nr. 13, 45
Tierhaltung Nr. 5
Türkei Nr. 47

Unternehmensfinanzierung Nr. 27, 68
Umwelt Nr. 2, 5, 28, 52, 57
Unterschicht Nr. 62
Urheberrecht Nr. 7
USA Nr. 36

Verbraucherschutz Nr. 5
Vereinigte Staaten von Amerika Nr. 36
Verfassung Nr. 3, 4, 46
Verschuldung Nr. 35
Vorurteile Nr. 56, 67

Wahlen Nr. 9, 20, 23, 36
Wasser Nr. 52
Wehrdienst Nr. 53
Wehrgerechtigkeit Nr. 53
Wehrpflicht Nr. 53
Widerstand Nr. 37
Wiederaufbau Nr. 55
Wirtschaft Nr. 7, 27, 28, 30, 33, 34, 59, 68
Wirtschaftswachstum Nr. 42, 57

Zivilcourage Nr. 8
Zivildienst Nr. 53
Zivile Konfliktbearbeitung Nr. 12
Zuwanderung Nr. 26, 31, 34, 67

Verandbedingungen: Im Inland bis 1 kg kostenlos und portofrei.
 1–20 kg Versandbeitrag von 4,60 EUR per Überweisung nach Erhalt
 (Stand: 1.10.2007)

bpb-Vertrieb DVG
 Postfach 1148
 53333 Meckenheim

Lieferanschrift

Schule Privat

Vorname:

Name:

Klasse / Kurs:

Schule:

Straße:

PLZ / Ort: